



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
3003 Bern

Per Mail: [marie-claire.demont@sem.admin.ch](mailto:marie-claire.demont@sem.admin.ch)  
und [peter.von-wartburg@sem.admin.ch](mailto:peter.von-wartburg@sem.admin.ch)

Bern, 23. Mai 2019

**Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zum Brexit-Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Das Vereinigte Königreich (UK) ist wirtschaftlich und politisch ein wichtiger Partner der Schweiz. Es ist daher sinnvoll, die bestehenden Beziehungen für den Zeitpunkt des Austritts aus der EU (Brexit) und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Städte sind als Sitz von Auslandsvertretungen und als Wirtschaftsstandorte vom Brexit betroffen und an einer Weiterführung der guten Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich interessiert. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten sind daher soweit als möglich sicherzustellen und allenfalls auszubauen.

Wir sind der Ansicht, dass das vorliegende bilaterale Abkommen eine gute Lösung darstellt, um allfälligen negativen Auswirkungen des Brexit im Migrationsbereich entgegenzutreten. Wir stimmen ihm deshalb zu.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat  
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband